

HÜSKENS: NEUTRALITÄT VON LEHRERN IST NICHT DAS PROBLEM DER WAHL

erschienen am 10. Oktober 2018

[Auseinandersetzung](#),
[Beutelsbacher Konsens](#), [Bildung](#),
[Denunziation](#) [Diskriminierung](#), [Dr. Lydia Hüskens](#) [FDP](#), [FDP Sachsen-Anhalt](#) [Freie Demokraten](#), [Hüskens](#),
[Kommunalwahl](#) [Landesregierung](#),
[Lydia Hüskens](#) [Meldeportal](#)
[Neutralitätspflicht](#) [Politik](#) [Rassismus](#),
[Sachsen-Anhalt](#)

Zu der geplanten Einrichtung einer „Lernwerkstatt“ der AfD Sachsen-Anhalt, auf der Schüler politische Äußerungen machen können, erklärt die stellv. Landesvorsitzende der FDP:

„Neutralitätspflicht in der Bildung“ heißt nicht, dass Lehrer nicht Werte vermitteln und die Meinung erkennen lassen dürfen. Die Neutralitätspflicht, wie im bekannten Beutelsbacher Konsens klar definiert ist, verbietet es Lehrern nicht, Schüler zu indoktrinieren versuchen, ihnen also ihre eigene Meinung aufzuzwingen. Das dies in Sachsen-Anhalt gehäuft vorkommt, ist nicht verwunderlich. Viele Lehrer vermeiden gerade die politische Diskussion. Ein Problem in unserem Land, für das die Einrichtung einer „Lernwerkstatt“, in der dem Schüler zur Denunziation aufgerufen werden, eine

Lösung w

Schule als Mikrokosmos für die Bewältigung von Problemen und Missverständnissen jeglicher Art, interne Lösungsversuche, die sich bisher bewährt haben und das in einer demokratischen Gesellschaft noch weiter tun werden.

Dennoch gilt es, vorhandene Strukturen einer kritischen Auseinandersetzung mit Politik immer wieder neu zu überdenken und Kommunikationswege zu finden, die alle Zielgruppen erreichen. Gerade bei Themen über Diskriminierung und Rassismus kann es dabei nicht gehen, dass nur eine kleine Gruppe von Akteuren alle politischen Akteure aufgefordert, sich zu vernetzen und eine - streitbare - politische Bildung zu sorgen.“